

BAUERNPROTEST IN FRANKFURT

► Mittlerweile scheint sich die Planung der Aktionswoche hessischer Landwirte breit herumgesprochen zu haben. Zumindest **blieb das befürchtete große Verkehrschaos** beim Bauernprotest am Donnerstag in Frankfurt bis zum Nachmittag **aus** – trotz des parallel stattfindenden Bahnstreiks der Lokführergewerkschaft GdL. Wie bereits am Montag in Wiesbaden rollten **rund 2000 Traktoren, Lastwagen und andere Fahrzeuge per Sternfahrt** aus allen Landesteilen in die Mainmetropole, angekündigt waren zuvor 1500 Schlepper. Die **Polizei Frankfurt sprach dagegen** von mehr als **600 Fahrzeugen**. Sie begleitete die Traktoren-Sternfahrt auf ihrem Twitter-Kanal den gesamten Tag über mit Verkehrshinweisen.

► Bei ihrer **Kundgebung an der Messe** forderten die Organisatoren die Rücknahme der von der Ampel-Regierung geplanten Subventionskürzungen. Die Vorsitzende des Regionalbauernverbands Wetterau-Frankfurt, Andrea Rahn-Farr, betonte, es gehe um die Existenz der Landwirte. Die Rahmenbedingungen müssten ihnen ein wettbewerbsfähiges Wirtschaften ermöglichen. „Die Politik muss umkehren“, verlangte Rahn-Farr. Sie forderte Planungssicherheit und erntete dafür viel Applaus.

► Zuvor waren die **Traktoren**, wie bereits in Wiesbaden und am Mittwoch in Mainz, **hupend durch die Stadt gefahren** und versammelten sich am Mittag in einer langen Reihe an der Ludwig-Erhard-Anlage. Am Straßenrand gab es wieder viel Applaus von Passanten für die protestierenden Bauern, die an ihren Fahrzeugen Schilder mit Slogans wie „Ist der Bauer ruiniert, wird Dein Essen importiert“ und „Der Bauer macht alle satt, auch die Gegner, die er hat“ angebracht hatten.

► Die **Teilnehmer** aus dem Main-Taunus- und Main-Kinzig-Kreis, dem Kreis Darmstadt-Dieburg, dem Hochtaunuskreis, der Wetterau und dem Kreis Offenbach hatten sich frühmorgens **in Butzbach versammelt** und fuhren von dort über Landstraßen und den Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim in die Innenstadt. Gegen 16 Uhr meldete die Polizei schließlich, dass die Bauern das Stadtgebiet verlassen hätten und der Einsatz ohne besondere Vorkommnisse beendet sei. Im nachmittäglichen Berufsverkehr wurde nochmals mit Verkehrsbeeinträchtigungen an den Ausfallstraßen gerechnet. (saki)



UWE JUN

► **Professor Uwe Jun (60)** lehrt an der Universität Trier Politikwissenschaften. In den vergangenen Jahren hat sich der aus Braunschweig stammende Wissenschaftler einen Namen als Parteienforscher gemacht. Er ist Sprecher des Arbeitskreises „Parteienforschung“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.

Archivfoto: dpa



Warum die Proteste den Nerv treffen

Selten haben Landwirte mit ihren Aktionen so viel Sympathie geerntet. Woran das liegt – und was das für die Ampel-Regierung bedeutet

„*In der Bevölkerung herrschen große Verunsicherung und Zukunftssorgen, es gibt eine spürbare Unzufriedenheit mit der Politik. Die Landwirte und ihr Protest sind zum Symbol für diese Stimmung geworden.*“

Uwe Jun, Parteienforscher

Bisher haben Bauernproteste mit ihren Traktorenkolonnen und Straßenblockaden die große Mehrheit eher kalt gelassen oder genervt.

Jetzt gibt es durchaus auch Kritik und Unverständnis. Aber es stimmt schon: Diesmal zeigt eine Mehrheit mehr Sympathien für die Aktionen der Bauern.

Auch die Aktivisten der „Letzten Generation“ blockieren Straßen – und stoßen dabei fast durchweg auf massive Ablehnung. Wo liegt der Unterschied?

Die Landwirte stehen für eine Gruppe, die seit vielen Jahrzehnten in Deutschland gesellschaftliche Reputation genießt, weil sie für die Ernährung des Landes wesentlich mitverantwortlich ist. Den Bauern eilt der Ruf voraus, dass sie schwer arbeiten und es ökonomisch nicht leicht haben. Dagegen steht die Letzte Generation für eine kleine Gruppe, die mit dem Klimawandel ein Zukunftsthema anspricht, das in der Gesellschaft weit weniger verankert ist. Außerdem sind die Proteste der Bauern temporär und punktuell, die der Letzten Generation nicht.

Der Bauernprotest ist zum Symbol für viele andere geworden, sagen Sie. Man hat den Eindruck, dass diese Regierung bei den meisten Menschen inzwischen komplett unten durch ist. Gab es einen einzelnen Auslöser für diese dramatische Entfremdung, einen Kippunkt?

Ja, das Heizungsgesetz im vergangenen Jahr war der Startpunkt. Seitdem sehen wir einen erheblichen Vertrauensverlust in die Problemlösungs-

fähigkeit dieser Regierung und eine generell negative Stimmung gegenüber der Ampel-Koalition. Es hat sich dann beschleunigt durch die vielen internen Streitereien. Es fehlt der Koalition an einer kohärenten Strategie. Viele Wählerinnen und Wähler haben den Eindruck, dass SPD, Grüne und FDP sehr unterschiedliche Ziele verfolgen, sehr unterschiedliche Instrumente bevorzugen und es nicht schaffen, zu einer gemeinsamen Linie zu finden.

Lässt sich das noch reparieren?

Vertrauensverluste sind nur schwer kurzfristig zu beheben. Mit Blick auf die anstehenden Wahlen in Europa und im Osten Deutschlands dürfte das den Handelnden einige Kopfschmerzen bereiten.

Die Stimmung – nicht nur in den sozialen Netzwerken – ist zunehmend gereizt, aggressiv. Ist Deutschland auf dem Weg zu einem Protestland wie Frankreich?

Wir sehen derzeit, dass sich Protest in Deutschland zunehmend auf die Straße verlagert, was in Frankreich seit Langem üblich ist. Hierzulande war die Austragung politischer Kontroversen bisher stärker institutionalisiert – das lief in den Parlamenten, über Parteien und die großen Verbände.

Und das ändert sich gerade?

Wir sehen eine Erosion der gesellschaftlichen Akzeptanz dieser Akteure. Und wir sehen eine stärkere Fragmentierung von Interessen, die sich wiederum durch das Netz besser organisieren können und ihren Protest dann auf die



Protest in Wiesbaden: Passanten begrüßen die Bauern mit wehenden Fahnen. Foto: Lukas Görlach

Straße tragen. Das ist viel sichtbarer als das Aushandeln von Kompromissen hinter verschlossenen Türen. Deshalb wirkt es derzeit so, als hätten wir gewisse Instabilitäten. So weit würde ich aber nicht gehen. Wir haben keine empirischen Nachweise dafür, dass eine große Instabilität des politischen Systems droht.

Sie haben den Vertrauensverlust von Parteien angesprochen. Auf der anderen Seite hat die AfD großen Zulauf, außerdem hat sich mit der Wagenknecht-Partei BSW gerade eine neue gegründet, und vielleicht gibt es demnächst noch eine Maaßen-Partei. Erleben wir einen Umbruch der Parteienlandschaft?

Ich würde bei den letztgenannten eher von Ausgründungen sprechen. Die Gruppe um Frau Wagenknecht ist mit ihrer Partei, der Linken, nicht mehr einverstanden. Eine mögliche Maaßen-Partei wäre eine Ausgründung aus der CDU. Das passt zu der Feststellung, dass die Gesellschaft sich immer stärker fragmentiert. Dieser Pluralismus spiegelt sich in der Parteienlandschaft. Hier versuchen einzelne Persönlichkeiten, die allgemeine Proteststimmung auf ihre Mühlen zu lenken.

„*Wir sehen derzeit, dass sich Protest in Deutschland zunehmend auf die Straße verlagert.*“

Uwe Jun

Stehen wir vor einem Durchbruch populistischer und rechtsextremer politischer Kräfte?

Den Trend zu solchen Parteien sehen wir europaweit, in Deutschland steht dafür der Aufstieg der AfD. Viele Wählerinnen und Wähler sehen ihre Meinungen und Interessen von den traditionellen Parteien nicht mehr ausreichend abgebildet. Das ist ein langwieriger Prozess.

Sind diese Veränderungen ein Indiz dafür, dass die Demokratie in Deutschland gefährdet ist? Oder zeigt das Aufkommen neuer Parteien nicht eher, dass das System funktioniert?

Das hängt davon ab, ob die neu gegründeten Parteien auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Ist das der Fall, kann man von einer Belebung der Demokratie sprechen. Wenn sie aber eine Umgestaltung der Gesellschaft in eine autoritäre Richtung betreiben, dann ist das eine Gefahr für unsere liberale Demokratie.

Zumindest bei der AfD besteht der begründete Verdacht dazu, einige Landesverbände werden vom Verfassungsschutz inzwischen als gesichert rechtsextrem eingestuft.

Auch der Bundesverband steht mittlerweile unter Beobachtung. Hier hat das letzte Wort wohl irgendwann das Bundesverfassungsgericht.

Noch einmal zurück zur Ampel-Koalition in Berlin. Glauben Sie, dass sie das Wahljahr 2024 überleben wird?

Die Frage ist schwierig zu beantworten. Wir wissen nicht, was in diesem Jahr noch alles passieren kann, auch außen- und geopolitisch. Was die Koalition stärkt, ist, dass es aus Sicht der drei sie tragenden Parteien keine bessere Alternative zu dieser Koalition gibt. Die SPD sieht sich in dieser Konstellation besser aufgehoben als in einer großen Koalition, die Grünen würden an der Seite der Union noch weniger durchsetzen können, die FDP hat derzeit im Bundestag ohne die Grünen als Koalitionspartner keine realistische Regierungsoption.

Aber wie lange kann eine solche Schicksalsgemeinschaft gegen die große Mehrheit der Bevölkerung anregieren?

Natürlich wäre es für die Akzeptanz und damit den Fortbestand der Ampel-Koalition günstig, wenn sich die drei Parteien wieder auf eine klare politische Linie verständigen könnten. Wichtiger als der äußere Druck ist aber wohl die Frage, ob man intern noch genügend Gemeinsamkeiten entwickeln kann, ob man das Auskommen miteinander einigermaßen erträglich gestalten kann. Viel mehr kann man von dieser Koalition wohl nicht mehr erwarten.

Das Interview führte Jens Kleindienst.